



Wählt Liste 10 in den Römer!

ÖkoLinX

gegen jeden Antisemitismus & Rassismus



1 **Jutta Difturth**
Autorin



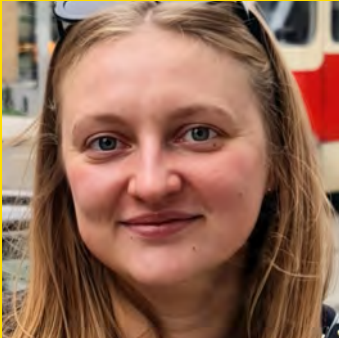
2 **Manfred Zieran**
Journalist



3 **Ayesha Khan**
Projektleiterin



4 **Tom David Uhlig**
Psychologe



5 **Lidia Bär**
Humangeographin



6 **Leo Fischer**
Journalist



7 **Altaira Caldarella**
Sexualpädagogin



8 **Linus Koenig**
Theatermacher



9 **Mirriane Mahn**
Autorin



10 **Thorsten Herget**
Erzieher



11 **Hanna Große Vorholt**
Humangeographin



12 **Victor Pfaff**
Rechtsanwalt



14 **Jutta Huebener**
Gymnastiklehrerin



13 **Dorothea Becker**
Architektin/Stadtplanerin



15 **Matthias Baumgardt**
Musiker



16 **Hannah Schassner**
Theatermacherin

ökologisch • sozial • solidarisch



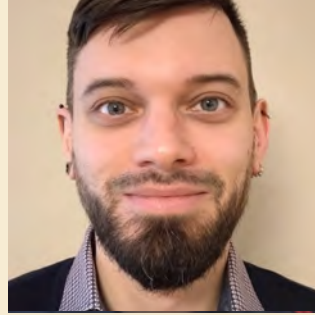
Kandidat*innen Ortsbeirat 1 (Gallus, Gutleut, Innenstadt, Bahnhofsviertel)



1 Hanna Große Vorholt
Humangeographin



2 Linus Koenig
Theatermacher



3 Christian Simon
Sozialarbeiter

Kandidat*innen Ortsbeirat 4 (Bornheim, Ostend)



1 Jutta Huebener
Gymnastiklehrerin



2 Mirriane Mahn
Autorin



3 Matthias Baumgardt
Musiker

Kandidat*innen Ortsbeirat 2 (Bockenheim, Kuhwald, Westend)



1 Lidia Bär
Humangeographin



2 Julian Koenig
Schauspieler



3 Ayesha Khan
Projektleiterin

Kandidat*innen Ortsbeirat 5 (Niederrad, Oberrad, Sachsenhausen)



1 Leo Fischer
Journalist



2 Dorothea Becker
Architektin/Stadtplanerin



3 Cord Kunze
Musiker

Kandidat*innen Ortsbeirat 3 (Nordend)



1 Jutta Ditfurth
Autorin

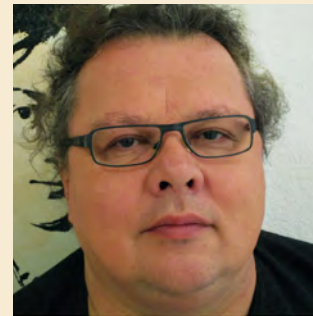


2 Manfred Zieran
Journalist



3 Tom David Uhlig
Psychologe

Kandidat*innen Ortsbeirat 7 (Hausen, Industriehof, Praunheim, Rödelheim, Westhausen)



1 Michael Bloeck
Freier Künstler



2 Karin Döpke
Gartenbautechnikerin



3 Ulaş Ersoy
Dipl. Ökonom

Wir zahlen diesen Wahlkampf aus eigener privater Tasche. Wir bekommen kein Geld von Staat, Kapital, Bundesparteien oder Stiftungen. **Eure Spenden sind sehr erwünscht und Ihr könnt sie von der Steuer absetzen.** Spenden bis zu 1.650 Euro im Jahr werden zur Hälfte von der zu zahlenden Steuer abgezogen, Ihr bekommt sie also vom Finanzamt zurück.
Konto: ÖkoLinX, IBAN: DE40 5001 0060 0717 7206 00, BIC: PBNKDEFF (Postbank Frankfurt)

Wir bitten Euch um Eure Listenstimme. Wenn Ihr sie in 93 Splitter (»Personenstimmen«) aufteilt, sind diese Bruchteile leider nicht viel wert. Nur mit Eurer Listenstimme für ÖkoLinX Liste 10 (Römer) gebt Ihr uns die Möglichkeit, mit einer starken Fraktion gute Arbeit zu leisten. Herzlichen Dank!

Credits Fotos: OBR 1/2 + OBR 2/2 Salar Baygan; OBR 2/3 Katharina Dubno; OBR 3/1: Philipp v. Dittfurth; OBR 3/2: Jutta Dittfurth; OBR 3/3 peter.juelich.com; OBR 4/1: Heiko Arendt; OBR 4/2 Mandano; OBR 5/1 Thomas Hinter

Liste 10 bei der Kommunalwahl am 15. März 2026

ÖkoLinX

Wer wir sind und was wir wollen

Menschen sind glücklich in einer Stadt, wenn sie gesund leben, bezahlbar wohnen, ein gesichertes Einkommen haben, einander frei begegnen, miteinander leben, feiern und arbeiten können, ohne gedemütigt, ausgegrenzt oder ausgebeutet zu werden.

ÖkoLinX ist ökologisch, sozial und solidarisch. **Wir kämpfen seit langem gegen die Klimakatastrophe und gegen die Ausbeutung des Menschen und der Natur durch den Kapitalismus. Wir sind verlässlich im Kampf gegen jeden Antisemitismus, Rassismus, Sexismus** und gegen jede Art der Entwertung von Menschen. Frankfurt soll eine Stadt werden, in der alle Menschen ihre Fähigkeiten und Bedürfnisse entfalten können. Das bleibt unser Maßstab für kleine und große Vorhaben.

Menschen sollen nicht an **Arbeitsplätzen** arbeiten müssen, die sie psychisch und physisch erschöpfen. Wir kämpfen gegen Armut und Verelendung so vieler Menschen durch die menschenunwürdige Grundsicherung und gegen die Entrechtung und Stigmatisierung von kranken, arbeitslosen und wohnungslosen Menschen. Alle sollen, **unabhängig von ihrer »Nützlichkeit«** für den Arbeitsmarkt, ein erfülltes Leben führen können.

Frauen brauchen eine menschenfreundliche **Stadt ohne häusliche Gewalt und Femizide**. Sie entscheiden selbst,

ob, wann und wie viele Kinder sie haben. Sie haben das **Recht auf Abtreibung** ohne Zwangsberatung und Belästigung durch organisierte Abtreibungsgegner*innen. Frankfurt muss für die ersatzlose Streichung des Paragraphen 218 kämpfen!

Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans*, intergeschlechtliche und queere Menschen (**LSBT*IQ**) haben ein **Recht auf Sichtbarkeit und Unterstützung** in allen Bereichen ihres Lebens. Queere Beratungsstellen, Jugendzentren, Kultureinrichtungen und Clubs sind von der Stadt nicht nur symbolisch, sondern materiell zu fördern.

Jeder Sommer ist heißer und trockener als der vorangegangene. Die **Klimakatastrophe beschädigt die Gesundheit von Menschen** und zerstört die Natur, von der die Menschen leben. Die **Stadtregierung** (SPD, Grüne, Volt, FDP) marschierte von **Kohle zu Gas**, von einer fossilen Energie zur nächsten. Sie vernachlässigt die erneuerbaren Energien. Die Mainova, Teil des Problems, will die Menschen zur Nutzung von Gas und Fernwärme zwingen. Aber die sind langfristig zu teuer und billiger und ökologischer Wasserstoff ist nicht in Sicht. Wärmepumpen für Mehrfamilienhäuser müssen gefördert werden. **Die Mainova muss vollständig kommunalisiert werden und auf die viel preiswerteren erneuerbaren Energien setzen.**

ÖkoLinX will die Grüne Lunge als unersetzliche Kalt- und Frischluftschneise vollständig erhalten, Klein- und Freizeitgärten schützen, 1.000 Bäume retten, die Wildnisgebiete vergrößern und die bebauten Flächen im Bebauungsplan vollständig entsiegeln. Die Bebauung würde die unersetzliche Luftschneise verstopfen **wie ein Korken die Flasche**. Viele Menschen glauben, die Grüne Lunge sei schon gerettet. **Falsch gedacht!**

Die Grüne Lunge ist eine kostbare Kalt- und Frischluftschneise für das Nordend, für Bornheim und für die Innenstadt. Von der Wetterau kommt frische Luft und kühlt die überhitzte Stadt. **Bedroht ist diese Luftschneise nach wie vor durch das Luxus-Bebauungsprojekt »Günthersburghöfe«**. Jahrelange Proteste – an denen wir beteiligt waren –, hatten 2021 das »Innovationsquartier Güntherburghöfe« (ein Plan des damaligen grünen Dezernenten Cunitz, übernommen von der SPD) gestoppt. Unter Druck nahmen SPD, Grüne, FDP und Volt 2021 in ihren Koalitionsvertrag auf, dass sie neu planen und ggf. »nur« auf den »versiegelten« Flächen bauen. Aber ihre Regierungsmehrheit taugte weder für die Rücknahme noch für eine Veränderung der Planung. **5 Jahre geschah nichts**. Heute wollen CDU, FDP und Volt die Grüne Lunge bebauen. Die SPD will große Teile auch unversiegelter Flächen zubetonieren. Die Grünen schwanken, wieviel sie retten wollen. Die Linkspartei will vor allem in die Stadtregierung.

In **Frankfurt** sind mehr als 51 Prozent aller Flächen versiegelt. Die Stadt steht in Sachen Hitzeschutz **im Städtevergleich auf einem der letzten Plätze**. Wir wollen Ackerflächen mit wertvollem, fruchtbarem Lössboden erhalten, auch damit die Frisch- und Kaltluft aus

dem Taunus durchkommt. Wir lehnen deshalb das Großbauprojekt »Frankfurt Nordwest – Stadtteil der Quartiere« ab. Mit Umweltverbänden fordern wir die **Netto-Bodenversiegelung 2035** (Saldo: Entsiegeln gegen Versiegeln).

Die Vorherrschaft des Autoverkehrs muss enden. **Wir müssen uns den öffentlichen Raum zurückerobern**. Wir brauchen ihn für Fußgänger*innen, Menschen mit Behinderungen, spielende Kinder und Radfahrer*innen. Wir brauchen dringend ein die ganze Stadt verbindendes Netz breiter, sicherer Geh- und Fahrradwege: Nicht als »Experiment«, sondern dauerhaft. Wir brauchen den Raum auch für die Erweiterung von Parks und Grünflächen in allen Stadtteilen. Wir wollen Einfallstraßen rückbauen. **Die Innenstadt soll autofrei werden**, aber offen für Not- und Lieferdienste, ÖPNV und Taxis. Wir wollen täglich hunderttausende Auto-Pendler*innen in ein **verbessertes, engmaschigeres ÖPNV-System** drängen, das ökologisch und sozial ist und mit modernen Trams oberirdisch (von Haustür zu Haustür) sogar schneller!

Trump hat die Obamas als Affen dargestellt. CDU-Spitzenkandidat Kößler nennt das Bahnhofsviertel »Zombieland«. Er hetzt im Wettlauf mit der Nazi-Partei AfD und dem rechtsradikalen BFF. Das ist rassistisch und menschenverachtend gegenüber Armen, Wohnsitzlosen und Drogenkranken. Die CDU will Repression statt Hilfe, Überwachung des sozialen Elends statt seiner Überwindung.

Der **alltägliche und strukturelle Rassismus** beim diskriminierenden Umgang mit Schwarzen und Persons of Color (BPoC) ist unerträglich. Die Polizei

betreibt Racial Profiling. Nicht mal das versprochene Quittungssystem wurde bei der Stadtpolizei eingeführt. BPoC werden bei der Job- und Wohnungssuche und in der Ausländerbehörde diskriminiert. Wir wollen, dass diese Behörde umorganisiert und aus dem Ordnungsamt in ein selbstständiges Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA) verlegt wird. Wir fordern eine **lückenlose Aufklärung der rechtsextremen Netzwerke innerhalb der Polizei**. Wir stehen solidarisch an der Seite von Menschen, die von Rassismus betroffen sind.

Die Stadt muss sich der Zerstörung des Asylrechts widersetzen. Kein Mensch ist illegal und **Asylrecht ist Menschenrecht**. Auch Schikanen wie die Bezahlkarte lehnen wir ab. Wer Hilfe benötigt, soll sie bekommen. **Abschiebungen** sind inhuman und **verrohen die Gesellschaft**: Bleiberecht für alle!

Wir kämpfen seit Jahrzehnten gegen **Antisemitismus von rechts von CDU, BFF, AfD ...** Inzwischen ist, verschärft nach dem Hamas-Massaker in Israel vom 7. Oktober 2023, ein Antisemitismus angewachsen, **der sich »links« maskiert**. Melde- und Beratungsstellen verzeichnen wachsende Angriffe. Wir hoffen, dass mehr Menschen sich einmischen! Wir wollen die politische Bildung für Jugendliche und Erwachsene stärken. Die Jüdische Gemeinde Frankfurts soll alle Unterstützung erhalten, die sie benötigt.

Wem gehört die Stadt? Uns allen, nicht dem Kapital! CDU, Grüne, SPD und FDP versprechen in allen Wahlkämpfen bezahlbare Wohnungen. Aber diese Parteien regieren seit 1989 in Frankfurt in unterschiedlichen Koalitionen und

haben seither etwa **50.000 Sozialwohnungen beseitigt!** Noch immer fallen jährlich mehr Wohnungen aus der Sozialbindung als neue hinzukommen. Diese Parteien haben zugleich massenhaft kommunalen Reichtum wie Grund und Boden privatisiert.

Schon die erste SPD-Grüne-Stadtregierung (1989 – 1995) genehmigte die Umwandlung von bezahlbaren Mietwohnungen in teure Eigentumswohnungen und trat eine Lawine los. Eine soziale und ökologische Stadtplanung muss mit allen Mitteln für ein **soziales Wohnungsbauprogramm sorgen**. Frankfurt braucht im gesamten Stadtgebiet Bebauungspläne, auch in der City, die beschränkende und lenkende Vorgaben enthalten, z.B. mehr flächendeckende Milieuschutzsatzungen sowie Änderungen der Bauleitlinien. Auf freien Bauflächen müssen zuerst Sozialwohnungen entstehen.

Die bebaubare städtische Fläche Frankfurts ist begrenzt. Menschen mit niedrigem Einkommen dürfen nicht mehr über die Stadtgrenze vertrieben werden. Frankfurt ist die **Hauptstadt leerstehender Büroflächen**, aber dem Magistrat fehlt das Rückgrat gegen diese obszöne Machtdemonstration des Kapitals. Die Hochhausbebauung durch Investoren aus aller Welt muss stoppen, auch weil sie die grenzenlose Spekulation mit Grund und Boden antreibt. Wir fordern neben mehr sozialem Wohnbau mehr Umnutzung leerstehender Büro- zu Wohnflächen. **Städtischer Boden darf nicht weiter privatisiert werden**. Es bedarf des Rückkaufs strategischer Grundstücke für den Wohnungsbau. Ohne die Spekulation zu stoppen wird es keine **bezahlbaren Mieten** geben. **Aber Wohnen ist Menschenrecht**.

ÖkoLinX, Glauburgstr. 20, 60318 Frankfurt/M
www.oekolinx-arl.de

eMail: info@oekolinx-arl.de

 facebook.com/oekolinxarl

 instagram.com/oekolinx

 x.com/oekolinx_arl

 oekolinx.bsky.social

Eine Jahrhundertfehlerscheidung von Grünen, SPD, CDU, FDP, Volt und Linkspartei ist es, die **Städtischen Bühnen (Oper und Schauspiel) am Willy-Brandt-Platz** abzureißen. Viele Frankfurter*innen werden das erst glauben, wenn sie sehen, wie das denkmalgeschützte Glasfoyer samt der Goldenen Wolkenskulptur zertrümmert werden. Die Zerstörung dieses bedeutenden demokratischen Baus nach der Befreiung vom NS-Faschismus ist so **geschichtsvergessen** wie die Überbauung der Judengasse, die Ignoranz gegenüber der römischen Geschichte und die Teilzerstörung der Großmarkthalle für die EZB.

Wir wollen eine umfassende, rücksichtsvolle **Sanierung der Doppelbühne am heutigen Standort**. Wir wollen keine neue protzige alleinstehende Oper auf dem Willy-Brandt-Platz. Das Theater als Ort revolutionärer Kreativität und demokratischen Experiments darf nicht weggerissen und zwischen die Bankentürme der hässlichen Neuen Mainzer Straße gequetscht werden.

Alles, was in Frankfurt vor Kapitalinteressen gerettet werden konnte, haben Initiativen gerettet – so auch die Dondorf'sche Druckerei. Die Hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst Dorn (Grüne) wollte, im Interesse des Max-Planck-Institutes, dieses

wichtige Zeugnis der Industriegeschichte, der Arbeiter*innenbewegung und der jüdischen Geschichte abreißen lassen. Die Frankfurt Stadtregierung hatte kein Problem damit, aber heute brüstet sie sich mit der Rettung, während die Besetzer*innen von der Goethe-Universität mit Strafverfahren überzogen werden. Wir wollen endlich den zwischen Land und Stadt 16 Jahre lang verschleppten **Kulturcampus** mit dem **Offenen Haus der Kulturen**, einem sanierten und erhaltenen **Juridicum** für vielfältige Projekte und studentisches Wohnen. Und sehr viel **bessere Arbeitsbedingungen für freie Künstler*innen** in Frankfurt am Main.

Um was wir Euch bitten

Wir sind das einzige Wahlangebot zur Kommunalwahl, das zugleich antiautoritär, ökologisch, sozial, feministisch ist. Selbstverständlich sind wir Antifaschist*innen.

Wir bitten Euch um Eure Listenstimme. Wenn Ihr sie in 93 Splitter (»Personenstimmen«) aufteilt, sind diese Bruchteile nicht viel wert. **Nur mit Eurer ganzen Listenstimme für ÖkoLinX Liste 10 (Römer) gebt Ihr uns die Möglichkeit, mit einer starken Fraktion gute Arbeit zu leisten.** Herzlichen Dank.

